

Offene Worte

Online Nr. 180

Zeitung der LINKEN für den Barnim 12. Juni 2022, 32. Jahrg.

Wir sind für die Kitarechtsreform!

DIE LINKE/Bauern im Kreistag Barnim: Endlich Klarheit, Transparenz und Rechtssicherheit schaffen

Auf dem Kreistag am 2. Juni fragte die Fraktion DIE LINKE/Bauern zur in Brandenburg gestoppten Kitarechtsreform den Landrat, wie er sich dazu verhalten hat. Mit der Kitarechtsreform sollte eigentlich das Gebührenchaos in Brandenburg beendet und die Betreuung der Jüngsten verbessert werden. Ende März hatte die Landesregierung das lange überfällige Vorhaben gestoppt und das mit der Überlastung der Landkreise begründet.

Der Landrat führte aus, dass er seine Verwaltung durch Corona-, Ukraine- und Schweinepest am Limit sieht. Eine weitere Belastung sei nicht möglich. Damit trägt der Landkreis die Grünen für den Stopp

der Reform mit und hat sich deshalb nicht dazu geäußert.

Die Fraktion DIE LINKE/Bauern ist hier anderer Meinung. Als Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses hat Margitta Mächtig (LINKE) einen Brief initiiert, der direkt an den Ministerpräsidenten gerichtet ist. In diesem heißt es beispielsweise:

„Bei allem Respekt für die gegenwärtigen Belastungen der Landkreise darf der Abbruch der Reform jetzt keine Option sein! Das ebenso belastete System der Kindertagesbetreuung braucht dringend ein neues Kitagesetz, das Transparenz, Rechtssicherheit und klare Regelungen bei Finanzierung und Zuständigkeiten schafft. Die

Brandenburger Landesregierung hatte das Vorhaben zur Verbesserung der Betreuung der Kinder und zur Bedienung des Gebührenchaos gestoppt.



Anwendung des geltenden Rechts führt weiterhin täglich zu Konflikten und Rechtsstreitigkeiten zwischen Eltern, Trägern, Landkreisen und Kommunen. Nur ein erfolgreicher Abschluss der Strukturreform kann hier Entlastung und Rechtsfrieden für alle Beteiligten im Land Brandenburg bringen.“

Margitta Mächtig begründet Ihre Initiative so: „Es bedarf des Drucks der Landkreise, damit die dringend notwendige Kita-Rechtsreform nicht auf Eis gelegt wird.“

Bei einer Reihe von Enthaltungen und ohne Gegenstimme wurde der Antrag angenommen.

Matthias Holz

„Die Lausitz hat 15 Jahre Zeit, Schwedt nur 6 Monate!“

DIE LINKE fordert Garantien für das PCK, die Beschäftigten, die Region: Ministerpräsident Woidke muss von Kanzler Scholz Richtlinienkompetenz zu Gunsten des Ostens einfordern!

Am 9. Juni gab es ein Spitzentreffen von Brandenburgs Ministerpräsident und Wirtschaftsminister mit Vertretern der Stadt Schwedt und dem Betriebsrat des PCK.

Große Teile Ostdeutschlands hängen wirtschaftlich von der Produktion der Raffinerien in Schwedt und Leuna, beide Endpunkte der Öl-Pipeline „Druschba“, ab. Warum das Öl über diese Trasse von Ungarn und Tschechien weiter genutzt werden kann, nicht aber von den beiden ostdeutschen Standorten, erschließt sich wahrscheinlich niemandem. Ganz schwarz gesehen, kommt man auf die Idee: Schwedt und Leuna liegen einfach zu weit im Osten Deutschlands. Interessiert das niemanden in der Bundesregierung? Schließlich wird der Markt die Versorgung schon irgendwie richten, die dann aus den westlichen Bundesländern kommen kann ... Oder erinnert das zu sehr an den Kahlschlag der 1990-er Jahre? Aber auch in und um Schwedt gra-

siert schon: „Wer hat uns verraten? Grüne und Sozialdemokraten!“ Allein solche Sprüche verweisen auf eine drohende gesellschaftliche Destabilisierung.

Die Brandenburger Landesregierung ist beim Thema PCK Schwedt nun endlich aufgewacht. Nach Wochen, in denen den Brandenburger LINKEN für ihr Engagement für das PCK Populismus vorgeworfen wurde, übernimmt die Koalition sowohl die Bedenken als auch die Lösungen der LINKEN. DIE LINKE fordert einen Garantieplan für die Region, für das PCK, für die Wirtschaft im Osten.

Die PCK-Raffinerie in Schwedt ist einer der größten Arbeitgeber im Norden Brandenburgs. 1.200 Menschen arbeiten dort und versorgen weite Teile Brandenburgs, Berlins und Mecklenburg-Vorpommerns mit Heizöl. Die Raffinerieprodukte sind auch wichtig für die chemisch-pharmazeutische Industrie, die 55.000 Menschen in 160 Unternehmen

beschäftigt. Ein Brandbrief, ein eilig anberaumtes Spitzentreffen am 9. Juni bedeuten: die Gefahr um die Arbeitsplätze und den Weiterbetrieb von Schwedt wächst weiter. Diplomatischer Druck hinter den Kulissen reicht offenbar nicht mehr, sondern jetzt wird auf die offene Bühne genutzt. DIE LINKE unterstützt das.

Die technischen Unsicherheiten für den Weiterbetrieb des PCK sind nun offenbar auch von der Politik erkannt worden. Hier wurde wochenlang stümperhaft gefachsimpelt, dass man die Raffinerie über Leitungen aus Rostock weiter versorgen, dass schnell eine Umstellung der Produktion erfolgen könne ... Langsam stellt sich heraus, wie wenig davon wirklich funktionieren kann. Man bedenke: Der Strukturwandel in der Lausitz wird mit 15 Jahren veranschlagt – Schwedt soll das in 6 Monaten schaffen.

Deshalb müssen nun auch alle politischen Druckmittel ausgeschöpft werden. Der SPD-Bundes-

kanzler muss handeln! Olaf Scholz hat seinen Wahlkreis in Brandenburg und ist somit als Abgeordneter den Interessen der Brandenburger:innen verpflichtet. Und Scholz kann vor allem seine Richtlinienkompetenz gegenüber Wirtschaftsminister Habeck einsetzen. Das muss Brandenburgs Ministerpräsident Woidke im Interesse des Ostens einfordern!

Sebastian Walter, DIE LINKE, Landesvorsitzender

Nicht vergessen:

19. Juni, oder Briefwahl

Bernau wählt seinen Bürgermeister André Stahl



Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW am 15. Juni 2022